

Flugfeld Aspern: Kosten außer Kontrolle

VON MARTIN STUHLPFARRER

Ein internes Papier zeigt: Die Kosten der Autobahnanbindung des Flugfeldes Aspern ufern aus und übertreffen mit 1 Milliarde Euro Skylink-Dimensionen. Ursprünglich ging man von 428,3 Millionen aus.

WIEN. Es ist eine Kostenexplosion, die das Skylink-Debakel in den Schatten stellt: Mit „nur“ 428,3 Millionen Euro wurde die Autobahnanbindung eines der größten Stadtentwicklungsgebiete Europas, des Flugfeldes Aspern im 22. Wiener Gemeindebezirk, veranschlagt. Laut eines internen Papiers, das der „Presse“ aus dem Verkehrsministerium zugespielt wurde, sind die Kosten für das geplante Projekt völlig ausgeufert: aus 428,3 Millionen wurde fast eine Milliarde Euro; wobei im Verkehrsministerium zu hören ist, dass das eine „positive Schätzung“ ist.

Für das acht Kilometer kurze Autobahnstück, das die Südosttangente (Knoten Hirschstetten) über das Flugfeld Aspern mit der S1 (Knoten Raasdorf) verbindet und Teil des Autobahnringes um Wien ist, seien „Kosten in der Höhe von 1,2 Milliarden Euro realistisch“ – was einer Verdreifachung der ursprünglichen Kosten bedeuten würde. Die Stadt, die über diese Kostenexplosion bereits im August informiert wurde, spielt den Ball zur Asfinag weiter.

Projektverzögerung um 6 Jahre

Christian Honeger, Leiter der zuständigen Asfinag-Abteilung, bestätigt der „Presse“: Ja, das Papier mit der Kostenschätzung (datiert mit 27. Oktober) sei von der Asfinag erstellt worden. Nach der ersten Kostenschätzung durch die Stadt Wien (428 Mio. Euro) habe die Asfinag eine Voruntersuchung gemacht. Nun stehe das Projekt bei bis zu 955 Millionen Euro. Von einem völligen Versagen der Planung will Honeger nicht reden: „Gerade der westliche Teil (A23 bis zum Flugfeld) ist äußerst aufwendig, weil es dort eine massive Wohnbebauung gibt.“ Durch die Zunahme des Verkehrs auf der A23 (am Flugfeld Aspern sollen 8500 Wohnungen entstehen, dazu Betriebe und soziale Einrichtungen) müssen wegen des in der Zwischenzeit geltenden IG Luft (Luftschutzgesetzes) zusätzlich Maßnahmen entlang der bestehenden Tangente gesetzt werden. Die Probleme seien nicht vorhersehbar gewesen und erst durch die Voruntersuchung aufgezeigt worden.

Als wäre diese Hiobsbotschaft nicht genug, hat die geplante Autobahnanbindung derzeit auch nicht die geringste Chance, die gesetzlich vorgeschriebene UVP (Umweltverträglichkeitsprüfung), die 2010 beginnen soll, überhaupt zu bestehen – weshalb das Autobahnprojekt kurzerhand geteilt werden muss. Wie im Ministerium zu hören ist, hat die Asfinag bereits nur mehr die geteilte Variante in ihrem derzeitigen Budgetplan; womit sich die Fertigstellung der „Spange Flugfeld Aspern“ (ursprünglich für 2016 geplant) um sechs (!) Jahre verzögern wird. Ein weiterer Grund für diese Teilung: Die Kostenexplosion überfordert das Asfinag-Budget; das Projekt muss auf mehrere Jahre aufgeteilt werden – obwohl noch unklar ist, wie die Mehrkosten genau finanziert werden sollen. Deshalb soll zuerst die (unproblematische) östliche Strecke vom Flugfeld Aspern zur S1 vorgezogen werden, die über Äcker und durch eine Kleingartenanlage führt. Der westliche Teil soll später bis zum Jahr 2022 folgen – falls diese Strecke von der Tangente zum Flugfeld Aspern durch das dicht verbaute Wohngebiet jemals die UVP bestehen sollte. Die Folge: Bewohner des Flugfeldes, das nun unter „Seestadt Aspern“ firmiert, müssen umständlich über die S1 die Wiener Stadtgrenze entlangfahren, um in das Zentrum der Stadt zu kommen. Da Autofahrer selten dazu neigen, eine Stadt zu umkreisen bevor sie ins Zentrum fahren, wird der Verkehr

über die bestehenden, unausgebauten Straßen in Richtung Tangente laufen – und dort kollabieren, wie es im Ministerium hinter vorgehaltener Hand heißt.

AUF EINEN BLICK

■ **1 Milliarde Euro statt geplanten 420 Millionen für acht Kilometer Autobahn: Die Kosten für die „Spange Aspern“, die eines der größten Stadtentwicklungsgebiete Europas (Flugfeld Aspern) an den Wiener Autobahnring anbinden wird, explodieren. Gleichzeitig hat das Projekt derzeit keine Chance, die UVP zu bestehen und muss geteilt werden. Das verzögert die Eröffnung um sechs Jahre.**

Link zum Online-Artikel:

http://diepresse.com/home/panorama/oesterreich/522864/index.do?_vl_backlink=/home/index.do